



„Ausrasten ist nach einer solchen Tat legitim. Was natürlich nicht legitim ist, (...) dass Menschen gejagt werden.“

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland verteidigt die Proteste Chemnitzer Bürger

17 Prozent für die AfD

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, würden 17 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei der AfD machen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer. Die Union käme laut Politbarometer unverändert auf 31 Prozent. Die SPD verharrt ebenfalls konstant bei 18 Prozent.

Kosovarischer Außenminister: Gebietskorrekturen „lächerlich“

PRISHTINA (PRISTINA) (APA). Der kosovarische Außenminister Behgjet Pacolli hat sich klar gegen jede Grenzänderung zwischen dem Kosovo und Serbien ausgesprochen. „Für mich ist es lächerlich, heutzutage über Grenzen zu sprechen“, sagte Pacolli am Freitag im Haus der Europäischen Union kurz vor einem Treffen mit den EU-Außenministern am Nachmittag in Wien. Er sprach sich für eine Freihandelszone zwischen den beiden Ländern aus. „Lasst uns das Gebiet im Nordkosovo und Teile des serbischen Territorium zusammennetzen und eine große gemeinsame wirtschaftliche Zone schaffen“, forderte er. Das Problem zwischen Serbien und dem Kosovo könne „nur wirtschaftlich gelöst werden, nicht politisch“, also indem man die Lebenssituation der Menschen verbessere und nicht indem man über Grenzen spreche und die Menschen spalte. „Für die Menschen ist es



Behgjet Pacolli

nicht wichtig, ob sie in Serbien oder dem Kosovo leben“, viel wichtiger sei ihre wirtschaftliche Situation, so der kosovarische Außenminister.

Der Kosovo habe nicht hundert Prozent Kontrolle über das mehrheitlich serbische Gebiet im Norden des Landes. Aber wenn man sage, „wir geben ihnen (Serbien, Anm.) den Norden, was ist dann mit den Serben in den anderen Teilen des Landes?“, so Pacolli. Der Kosovo sei ein multi-ethnischer Staat.

© Alle Rechte vorbehalten



Demonstranten der rechten Szene zünden in Chemnitz Pyrotechnik und schwenken Deutschlandfahnen.

APA/afp/ODD ANDERSEN

Gegen „Merkels Gäste“

DAS KALKÜL DER AFD: Straftat eines Geflüchteten ist direkte Folge der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin

VON ANNE-BEATRICE CLASMANN ...

BERLIN (dpa). Asylbewerber und Flüchtlinge heißen im AfD-Jargon „Merkels Gäste“. In der Logik von Gauland & Co. wäre damit jede Straftat eines Geflüchteten eine direkte Folge der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von 2015. Bei einigen Wählern verfährt diese Strategie.

Wenn ein Asylbewerber irgendwo in Deutschland ein schweres Verbrechen verübt haben soll, ist die AfD gleich zur Stelle. Sie organisiert Proteste und Trauermärsche. Das war im pfälzischen Kandel so, als ein junger Afghane seine 15-jährige Ex-Freundin in einem Drogeriemarkt erstach. Im sächsischen Chemnitz hat es nach dem gewaltsamen Tod eines 35-jährigen am vergangenen Wochenende nur wenige Stunden ge-

dauert, bis sich die erste AfD-Kundgebung formierte.

Für den heutigen Samstag haben die AfD-Landesverbände Thüringen, Brandenburg und Sachsen zu einem „Schweigemarsch“ in Chemnitz aufgerufen. Die Vorsitzenden von Bundespartei und Bundestagsfraktion haben sich dazu bisher nicht angekündigt. Der Gründer des rechtsnationalen Flügels, der Thüringer Landeschef Björn Höcke, wird vor Ort sein, ebenso der Vorsitzende der sächsischen AfD-Bundestagsgruppe, Siegfried Droese. Er sagt: „Das ist eine gemeinsame Veranstaltung mit Pegida aus Dresden.“ Bundespartei- und Fraktionschef Alexander Gauland befindet: „Das halte ich für die richtige Antwort (auf die Tat).“

Droese glaubt genau zu wissen, wo die Linie verläuft, die seine Partei ziehen muss. Die Patriotic Europeans gegen die Islamisierung des Abend-

lands (Pegida) sieht er diesseits dieser Linie, prügeln Neonazis nicht. Die rechtspopulistische Bewegung Pro Chemnitz findet er „anachronistisch“. Droese will, dass die AfD den real existierenden Unmut besorgter Bürger aufsaugt. Im rechten Spektrum hat die AfD in Sachsen seiner Ansicht nach schon alle abgeholt, die zu ihr passen. Zuwächse erhofft er sich noch im Bereich der „Mitte“.

Gute Chancen bei Landtagswahlen

Bei den in diesem und im nächsten Jahr anstehenden 6 Landtagswahlen rechnet sich die AfD gute Chancen aus. Viele ihrer Funktionäre denken, dass es eigentlich schon ausreicht, die Fehler der Regierenden auszunutzen und sich den Gegnern von Zuwanderung und „Establishment“ als Sprachrohr und Ventil anzubieten.

Dass es stets mehr Straftaten gibt, wenn die Zahl der Bewohner eines Landes steigt, ist eine Argumentation, für die man im AfD-Kosmos nur Kopfschütteln erntet. Co-Parteichef Jörg Meuthen sagt, Verbrechen, die von Flüchtlingen und abgelehnten Asylbewerbern verübt würden, seien „Verbrechen, die es nicht gäbe, wenn die Leute nicht illegal hierher gekommen wären“. Deshalb trage Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit ihrer Entscheidung, die Grenzen 2015 nicht zu schließen, dafür „eine politische Verantwortung“.

Bei der FDP klingt das zwar anders. Doch um den Unterschied zu finden, muss man manchmal ganz genau hinhören. FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki sagt in einem Interview zur Situation in Chemnitz: „Die Wurzeln für die Ausschreitungen liegen im ‚Wir schaffen das‘ von Kanzlerin Angela Merkel.“

© Alle Rechte vorbehalten

Kosovo – Verhandlungen mit Serbien

Unabhängigkeit der ehemaligen serbischen Provinz seit 2008, von Serbien nicht anerkannt

Fläche	Einwohner	BIP/Kopf (2018)
Kosovo 10.887 km ²	Kosovo 1,9 Mio	Kosovo 3300€
Südtirol 7400 km ²	Südtirol 524.000	Südtirol 42.500€



Dolomiten - Infografik: APA

Quelle: APA/IWF/ILO/Zensus 2011

EUROPA-SPLITTER

Berichterstatter im EU-Parlament

EU-PARLAMENT: Gestaltungsmöglichkeiten von Klima- bis Minderheitenschutz

BRÜSSEL/STRASSBURG. Berichterstatter im EU-Parlament zu sein ist eine gewichtige Aufgabe. Doch die größere Allgemeinheit kennt diese Damen und Herren für gewöhnlich nicht. Gegenwärtig geistert der Begriff allerdings durch die Medien. John Stuart Agnew, britischer EU-Abgeordneter der Austrittspartei UKIP, macht mit einer Stellungnahme auf sich aufmerksam, weil er eigenwillige Vorstellungen vom Klimawandel hat. In dem Parlamentsdokument erklärt er, dass die Auswirkungen von CO2 auf das Klima unerheblich seien. Die Veränderung des Klimas entstehe durch Fluktuationen der „kosmischen Strahlung“, die Anziehungskraft im Sonnensystem, Sonnenzyklen, Meeresströmungen und Wasserdampf.

Das ist nicht dazu angetan die Funktion der Berichterstatter in einem seriösen Licht erscheinen zu lassen und gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich das Parlament verändern könnte, wenn nach den Europawahlen



Blick auf das EU-Gebäude in Straßburg.

APA/epa/Lars Halbauer

2019 Populisten und Politikhasardeuren einen relevanten Part im Parlament stellen.

Was aber ist die Aufgabe eines Berichterstatters? Wenn die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorbringt, so wird dieser im EU-Parlament von einem der 20 Ausschüsse betreut. Dieser federführende Ausschuss bestellt einen Berichterstatter der den Bericht des zuständigen Ausschusses vorbereitet. Ein solcher Parlamentsbericht enthält Vorschläge

wie der Kommissionsvorschlag zu ändern sein und warum. Der Berichterstatter berichtet dem Parlamentsplenum (daher der Name), was der zuständige Ausschuss über den Kommissionsvorschlag denkt. Auch andere Ausschüsse können sich in Stellungnahmen äußern. Und damit nicht die politische Fraktion des Berichterstatters oder der Berichterstatterin den Bericht dominieren, werden von anderen Fraktionen „Schattenberichterstatter“ bestellt. Meistens wer-

den „Abänderungsanträge“ gestellt die dann eingearbeitet werden müssen, wenn sie entsprechende Mehrheiten im Ausschuss finden.

Dieser Prozess gewährt dem Berichterstatter große Einflussmöglichkeiten und auch Gelegenheit zur Profilierung in der großen Schar der EU-Parlamentarier. Der Berichterstatter kann Expertenhearings veranstalten oder sogar Informationsreisen machen um die Faktenlage gründlich zu studieren. Tatsächlich sind die Mehrzahl der Berichte interessante Dossiers, die der Verbesserung der EU-Gesetzgebung dienen. Erst im Mai dieses Jahres wurde der Bericht über die Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft angenommen für den Herbert Dorfmann verantwortlich war. Auch früheren Parlamentariern aus Südtirol war es gelungen, Berichterstatter zu werden. Der Ebner-Bericht aus dem Jahr 2003 beschäftigte sich etwa mit Fragen des Minderheitenschutzes.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



Toggenburg: Überzeugungskraft und Kompromissfähigkeit. Und natürlich echtes Interesse am jeweiligen Thema.

„D“: Was steht aktuell an?

Toggenburg: Für nächsten Montag hat zum Beispiel der Berichterstatter József Nagy zu einem Expertenhearing ins EU-Parlament geladen. Es geht um seinen Bericht zu Mindeststandards im Minderheitenschutz innerhalb der EU. Das ist natürlich kein leichtes Thema. Über 300 Änderungsanträge wurden eingebracht. Die einen wollen mehr, die anderen weniger.

„Dolomiten“: Südtiroler sind und waren Berichterstatter im EU Parlament. Ist das beachtlich?

Gabriel N. Toggenburg: Es ist mit Sicherheit positiv. Als Berichterstatter hat man mehr Einfluss auf die weiteren Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen.

„D“: Ist jeder Bericht gleich viel wert?

Toggenburg: Die Zuteilung einer Berichterstattung erfolgt über ein kompliziertes Punktesystem. Und Berichte zu manchen politischen Themen sind mehr Punkte wert als andere. Die politischen Fraktionen müssen sich also gut überlegen für welche Berichte sie sich bewerben wollen.

„D“: Was macht einen Parlamentarier zu einem guten Berichterstatter?

„D“: Wo steht das EU-Parlament heute in einem Jahr?

Toggenburg: Tja, schwierige Frage. Man muss sich schon überlegen, wem man die EU in die Hand gibt. Insofern ist es wichtig im Mai 2019 zu den EU-Wahlen zu gehen. Das Parlament ist viel zu wichtig geworden um sein Schicksal Protestwählern zu überlassen. ©

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.